

Nr. V/3-826-3 Ob/pa

Vollzug des § 34c Gewerbeordnung – GewO –
i. d. Fassung des Änderungsgesetzes vom 16. August 1972
– BGBl. I S. 1465 –
(Immobilienvermittlungserlaubnis)

Tegernseer Grund, Immobilien GMBH

Personalien auf Beiblatt

Geschäftsführer: Rummel Rainer u.
8180 Tegernsee Grimm Winfried

Anlagen: 1 Kostenrechnung
1 Einzahlungsschein
1 Urkunde über den Gesell-
schaftsvertrag

Rathaus, 1. Stock

geb. am _____ in _____ (Kreis _____; Land _____)
die

Erlaubnis

zur

1. Vermittlung des Abschlusses, Nachweises der Gelegenheit zum Abschluß von Verträgen über:

☒ Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte

☐ den Erwerb von ausländischen Investmentanteilen

☒ Wohnräume, gewerbliche Räume

☐ den Erwerb sonstiger öffentlich angebotenen Vermögensanlagen, die für gemeinsame Rechnung der Anlage verwaltet werden

☐ Darlehen

☐ den Erwerb von Anteilscheinen einer Kapitalanlagegesellschaft

☐ den Erwerb von öffentlich angebotenen Anteilen an einer Kapitalgesellschaft oder Kommanditgesellschaft und von verbrieften Forderungen gegen eine Kapitalgesellschaft oder Kommanditgesellschaft

2. ☒ Vorbereitung/Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr in eigenem Namen für eigene/fremde Rechnung unter Verwendung von Vermögenswerten von Erwerbern, Mietern, Pächtern, sonstigen Nutzungsberechtigten, von Bewerbern um Erwerbs- oder Nutzungsrechte³

3. ☐ wirtschaftlichen Vorbereitung/Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer im fremden Namen für fremde Rechnung³

Der/Die Antragsteller(in) hat/haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Für diesen Bescheid wird eine Gebühr von 500.-- DM festgesetzt. An Auslagen sind --- DM zu erstatten.

Gründe

Der Erlaubnisinhaber hat um die obengenannte Erlaubnis schriftlich nachgesucht. Im Verwaltungsverfahren wurde festgestellt, daß Versagungsgründe (§ 34c Abs. 2 GewO) nicht vorliegen.

Die Zuständigkeit der unterfertigten Behörde ergibt sich aus §§ 1 Abs. 2 Ziff. 5, 2 Abs. 2 der 2. ZustVGewO vom 8. Januar 1973 (GVBl. S. 19).

Für den Kostensatz war Art. 1, 2, 6, 8 und 13 des Bayer. Kostengesetzes (KVerz. T-Nr. _____) maßgebend (GVBl. S. 257/1971).

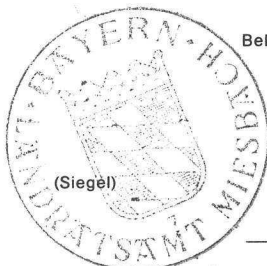
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach seiner Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift

bei der r unterfertigten Behörde Landratsamt in Miesbach einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem Bayerischen Verwaltungs-

gericht in 8 München 34, Ludwigstr. 23 schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist; sie kann nur bis zum Ablauf eines Jahres seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn die Klageerhebung vor Ablauf der Jahresfrist wegen höherer Gewalt unmöglich war oder unter den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles unterblieben ist. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen

angegeben, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen _____ Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.



Behörde, Ort, Tag, Unterschrift:

Landratsamt -Gewerbeamt-
Miesbach, den 31.10.1978

I.A.

Obermüller
Empfangsbestätigung siehe Rückseite!

¹ Nichtzutreffendes streichen